

beraten und beschlossen

Aktuelles aus der Landessynode

X. Tagung der 26. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers
5. bis 8. Juni 2024

Kampf gegen sexualisierte Gewalt

Landessynode beschließt Maßnahmen

Als Nancy Janz ihre Rede vor der 26. Landessynode im Kloster Loccum beendet hatte, herrschte einige Sekunden Stille in der ehrwürdigen Stiftskirche, bevor sich das Plenum erhob und lang applaudierte.

Nancy Janz, heute Sprecherin des Betroffenenbeirats der EKD, erzählte eindrücklich, wie sie als Jugendliche von einem späteren Pastor der hannoverschen Landeskirche sexualisierte Gewalt erlitten hatte. »Ich war 17 Jahre alt, er nahm sich meinen Körper und ich durfte dazugehören«, berichtete die heute 44-jährige.

Sie sei ein Mensch voller Selbstzweifel gewesen, der sich nirgends zugehörig fühlte. Und ihr Fall sei kein Einzelfall gewesen, betonte Janz. »Es geschah und geschieht um uns herum, heute wie vor 20 Jahren.«

Nancy Janz vertraute sich damals einer Kirchenvorsteherin an, ohne Konsequenzen. Im Gegenteil. »Es wurde getuschelt und ich wurde gemieden.« In ihren Ausführungen machte sie deutlich, dass es vor und nach ihr noch viele weitere Betroffene gegeben habe. »Dabei hätte es nicht noch mehr Leid gegeben, wenn jemand aufgestanden wäre«, so Janz.

Von den Kirchenparlamentariern forderte sie einen Kulturwandel. Den könne es aber nur geben, wenn sich Kirchenvertreterinnen und -vertreter an die Seite der Betroffenen stellen, sich nicht



Nancy Janz berichtete vor der Landessynode von ihrem eigenen Leid.

abwenden oder befürchten, Nestbeschmutzer zu sein. »Machen Sie die Tür auf, damit wir nach Hause kommen können!«, forderte sie das Plenum auf.

Landesbischof Meister bedankte sich bei Nancy Janz für ihren persönlichen Vortrag und bei weiteren Betroffenen, die den Mitgliedern der Landessynode im Anschluss an die Rede in Kleingruppen für Gespräche zur Verfügung gestanden hatten. »Es ist alles andere als selbstverständlich, dass Sie gekommen sind«, sagte Meister, »in eine Kirche, die nicht gesehen hat, als sie hätte sehen müssen, die nicht gehört hat, als sie gesprochen haben. In eine Kirche, die nicht getan hat, was sie hätte tun sollen.«

Aus dem Inhalt

Neun Anträge zu sexualisierter Gewalt Seite 2

Neue Wege bei Kasualien Seite 4

Zukunftsprozess arbeitet in neuer Form Seite 7

Kirchenpost erreicht Mitglieder Seite 10

Alle Berichte digital:



Neun Anträge für eine sichere Kirche

Landessynode reagiert auf Nancy Janz' Rede

Nach der Rede von Nancy Janz kamen die Teilnehmenden der Tagung in gelosten Kleingruppen zu einem persönlichen Austausch zusammen. Es gab Zeit und Raum zum Teilen auch emotionaler Gedanken, bevor die Debatte im Plenum weiterging.

Landesbischof Ralf Meister gestand erneut eigene Fehler ein, insbesondere, dass er zu spät das persönliche Gespräch mit Betroffenen gesucht habe. »Kulturwandel beginnt mit Mitgefühl und Menschlichkeit«, sagte Meister. Forderungen von einigen Betroffenen nach einem Rücktritt habe er intensiv geprüft. Er bekomme aber auch Zuschriften von Betroffenen, »die das Gegenteil sagen«. Sein Rücktritt oder der anderer kirchenleitender Personen würde die Landeskirche in eine »institutionelle Chaoslage« stürzen, die alles andere als nützlich wäre für die weitere Aufarbeitung und Präventionsarbeit.

Ähnlich argumentierte Nancy Janz in der Pressekonferenz: »Personelle Veränderungen bringen oft viel mehr Unruhe als Nutzen. Ich sehe im Moment überhaupt nicht, dass Ralf Meister zurücktreten müsste.« Im Übrigen müsse er dies selbst entscheiden. »Ich möchte, dass sich etwas verändert und Entscheidungen getroffen werden.«

Für die beiden in der Landessynode vertretenen Synodalgruppen verlasen Ruben Grüssing und Dr. Bettina Siegmund (beide Sprengel Ostfriesland-Ems) eine gemeinsame Erklärung, in der die Landessynode sich schuldig bekennt, »sexualisierte Gewalt als Thema in seiner umfassenden Bedeutung nicht erkannt« zu haben. »Eine unserer Aufgaben ist es, für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen zu sorgen.« Die Landessynode habe die unzureichende Ausstattung der Fachstelle Sexualisierte Gewalt zwar zur Kenntnis genommen, »aber nicht umgehend und



im notwendigen Umfang gehandelt«. In der anschließenden Debatte signalisierten die Mitglieder der Landessynode mit insgesamt neun Anträgen, die Fehler der Vergangenheit möglichst zeitnah beheben zu wollen. Daniel Aldag (Sprengel Ostfriesland-Ems) bat, den Rechtsausschuss prüfen zu lassen, inwieweit die Fachstelle für Sexualisierte Gewalt in die Arbeit der Landessynode eingebunden werden könne.

Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen), Vorsitzender des Landessynodalausschusses, formulierte die Bitte an das Landeskirchenamt, gemeinsam mit Betroffenen und im Zusammenwirken mit der Arbeitsgruppe gegen sexualisierte Gewalt sowie der Fachstelle einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Partizipation von Betroffenenvertretern in kirchliche Beratungsvorgängen eingebunden werden kann. Externe Begleitung von betroffenen Personen wünscht sich bei der Synodenarbeit auch Christine Rinne (Sprengel Hannover).

Die Grundschulungen zur Prävention sexualisierter Gewalt sind laut Gewaltschutzrichtlinien der

Landeskirche eine Voraussetzung insbesondere für die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Schutzbefohlenen. In Kirchenkreisen weigerten sich jedoch immer wieder Personen, an Schulungen teilzunehmen, schilderte Franziska Baden (Sprengel Lüneburg). Sie beantragte deshalb, entsprechende Vorschriften im noch entstehenden Ehrenamtsgesetz festzuschreiben zu lassen.

Cordula Schmid-Waßmuth (Sprengel Hannover) beantragte, zu überlegen, inwieweit die Diskussion theologischer Themen bezogen auf sexualisierte Gewalt gemeinsam mit Betroffenen, Ausschuss, Landesbischof, Bischofsrat, Landeskirchenamt und Experten geführt werden könne. Roger Cericus (Sprengel Hannover) richtete an das Landeskirchenamt die Bitte, in Zusammenarbeit mit der Fachstelle ein Konzept zu erarbeiten, das die Suche nach weiteren Opfern mit modernen technischen Methoden ermöglicht.

Für keinen der Anträge gab es einen öffentlichen Widerspruch; alle Anträge fanden in der Abstimmung jeweils fast einstimmige Unterstützung.

»Wir brauchen eine veränderte Haltung der Kirche«

Landesbischof fordert Kultur der Verantwortung

Schule, Gerichtssaal, Lazarett – das Kloster Loccum sei durch Jahrhunderte hindurch ein Ort der Macht gewesen, konstatierte Landesbischof Ralf Meister in seinem Bericht. Diese Haltung finde man auch mit Blick auf die Untaten sexualisierter Gewalt in der Kirche, sagte Meister. Weiter wollte er in seinem Bericht am Donnerstag aber nicht der ausführlichen Behandlung des Themas »Prävention, Intervention und Aufarbeitung sexualisierter Gewalt« am Freitag vorgreifen.

Stattdessen warb er für eine Kultur der Verantwortung und lenkte den Blick der Landessynode auf eine veränderte Haltung der Kirche. »Vielleicht wird sich die Kirche der Zukunft weniger buchhalterisch, weniger kalkuliert zeigen als erwartungsoffener.« Menschen, so Meister, seien die überzeugendste Ressource.

Zu den materiellen Ressourcen zählen die Kirchengebäude. Ein Manifest, das inzwischen von

16.000 Menschen unterschrieben worden sei, fordert die Übertragung von nicht mehr für kirchliche Zwecke benötigte Kirchen auf eigens dafür eingerichtete (nicht-kirchliche) Stiftungen. Meister befürwortete das.

Mit den Worten »Das Ansehen Israels ist weltweit ruiniert, wie niemals in der Geschichte des Staates zuvor« leitete der Bischof seine Einschätzungen zum Krieg in Israel und Gaza ein. Formen der Israelkritik seien aber nicht per se Antisemitismus. »Unsere Solidarität mit Israel kann keine Unterstützung des Krieges sein.« Denn es scheine so, als breche die israelische Armee auch das Völkerrecht, um sich auch zukünftig gegen die Gewalt der Hamas zu wehren. »Alle Verhandlungen müssen zum Ziel haben, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden.« Es gelte aber genauso: »Unsere Solidarität mit jüdischen Menschen in unserem Land und unseren Kommunen bleibt ungebrochen.«



Außerdem würdigte er wieder mehrere Gruppen mit einem »Halleluja«: Etwa den rund 6.500 gerade gewählten Kirchenvorständen. Zum anderen dankte er den bereits 139 geschulten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die sich bis jetzt im Bereich »Prävention Sexualisierter Gewalt« als Lehrende haben ausbilden lassen.

Verpflichtungen neuer Synoden-Mitglieder

Dr. Matthias Kannengießer, Präsident der Landessynode, begrüßte und verpflichtete zu Beginn der Tagung zwei neue Mitglieder. Studienrätin Friedrike Einschenk (Sprengel Stade) rückte als Ersatzmitglied im Wahlkreis VII für Alica Tjordis Helms nach. Für die ausgeschiedene Superintendentin Christa Olearius (Sprengel Ostfriesland-Ems) ist Pastor Martin Sundermann als gewähltes Ersatzmitglied ins Kirchenparlament eingetreten.

Dr. Thela Wernstedt ist seit verganginem Herbst Präsidentin der Klosterkammer und hat ihr Mandat als vom Kirchensenat berufenes Mitglied deshalb niedergelegt. Ebenso Marianne Gorka, die im März zur Regionalbischöfin ernannt wurde. Ihre Nachfolgerinnen stehen im November fest.



Dr. Matthias Kannengießer (r.) verpflichtet Studienrätin Friedrike Einschenk (3.v.r.) und Pastor Martin Sundermann (2.v.r.).

Segensnetzwerk für eine kasualfreundliche Kirche

Neue Wege bei Festen des Lebens gehen

»Kirche verändert sich schneller, als uns lieb ist. Deshalb müssen wir uns der Herausforderung stellen, mit der Zeit zu gehen und neue Dinge beginnen«, stellte Dr. Martin Krarup (Sprengel Stade), Vorsitzender des Ausschusses Theologie und Kirche, fest und brachte mit dem Aktenstück Nr. 106 einen Zwischenbericht zur Förderung eines Segensnetzwerkes in die Landessynode ein.

In der Herbsttagung 2023 hatte er den Antrag gestellt, über eine Kasualagentur bzw. ein Segensnetzwerk in der hannoverschen Landeskirche mit seinem Ausschuss beraten zu können und einen Vorschlag zur Umsetzung zu präsentieren.

Im Ausschuss herrsche Einigkeit darüber, dass die vorrangige Aufgabe darin bestehe, gewinnend zu Taufe, Konfirmation, Trauung, Bestattung und neuen Kasualien einzuladen sowie weitere ansprechende Formate für die geistliche Begleitung an Lebensübergängen zu entwickeln. Dabei sollen individuelle Wünsche der Menschen Berücksichtigung finden, so Dr. Krarup. »Religiöse Inhalte verflüchtigen sich und das gilt auch für die herkömmliche Bedeutung von Kasualien.« Auf der anderen Seite stünde die starke Sehnsucht nach dem, was diese Rituale vermitteln: Segen und Zuspruch.

Die Entwicklung neuer Formen wie Tauffeste und alternative Trauerfeiern zählen zu den dynamischsten Feldern kirchlicher Arbeit der letzten Jahre. Durch die Kampagne »Gottesgeschenk Taufe«, mit der Tauffeste in den Jahren 2022 und 2023 besonders gefördert wurden, sind zur weiteren Begleitung von Tauffamilien bereits zahlreiche Ideen entstanden, die sich weiterentwickeln und über die klassischen Kasualien hinausgehen. Neue Initiativen seien teilweise bereits gut vernetzt,



Individuelle Kasualien kommen gut an, wie hier eine Candle-Light-Trauung in Hannover. (Bild: Nancy Heusel)

dennoch hält Dr. Krarup eine fachliche Begleitung, Koordinierung, Qualitätssicherung und Unterstützung vor Ort für nötig. Der Aufbau eines solchen Netzwerkes erfordere personelle und finanzielle Ressourcen, sagte Dr. Krarup und verwies auf die eingebrachten Anträge. Einer davon sieht vor, die als restriktiv empfundenen Regularien bei den Kasualien wie etwa Dimissorialien auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen.

Diskussion um Projektstelle

Über die »Entschlackung« der Vorschriften waren sich die Mitglieder der Landessynode in der Aussprache schnell einig. Über die Einrichtung einer koordinierenden Projektstelle und zusätzliche finanzielle Mittel gingen die Meinungen jedoch auseinander.

Sebastian Kühl (Sprengel Hannover) begrüßte den Vorstoß

in Gänze. »Gemeindemitglieder haben heute ganz bestimmte Vorstellungen von Kasualien und suchen sich andere Partner, wenn sich die eigene Kirchengemeinde nicht flexibel zeigt«, so der Pastor aus dem Kirchenkreis Ronnenberg. Auch die Synodale Birgit Spörl (Sprengel Stade) sprach sich für die Finanzierung aus. Man brauche eine kasualfreundliche Kirche und müsse das theologisch durchdenken, Mechanismen für Vernetzung entwickeln und Bürokompetenz aufbauen, so Spörl. Von einer Projektstelle verspreche sie sich Ertrag für künftige Initiativen. Corinna Engelmann (Sprengel Hildesheim-Göttingen) mahnte angesichts zunehmender Vakanz in der Fläche an, bei Kasualgottesdiensten künftig auch Lektorinnen, Lektoren, Prädikantinnen und Prädikanten in den Blick zu nehmen. Am Ende der Debatte stimmte die Landessynode den Anträgen des Ausschusses zu.

Interkulturalität stärken

»Deutschland ist Einwanderungsland, umso wichtiger ist die Zusammenarbeit mit internationalen Gemeinden«, mit diesen Worten eröffnete Dr. Jörg Zimmermann (Sprengel Lüneburg), Vorsitzender des Ausschusses für Mission und Ökumene, seinen Bericht (Aktenstück Nr. 105).

Auch wenn bei der Religion der nach Deutschland Eingewanderten viele zuerst an Muslime dächten: Nach einer Studie der EKD aus dem Jahr 2020 seien gut die Hälfte von ihnen Christinnen und Christen. Die positive Entwicklung, zu der etwa die Internationale Konferenz Christlicher Gemeinden (IKCG), interkulturelle Gottesdienste zum Reformationstag sowie ein interkultureller Kurs für Lektorinnen und Lektoren zäh-



len, solle sich noch stärker in der Landeskirche abbilden. Denkbar sei etwa eine gemeinsame Nutzung kirchlicher Räume oder die Förderung innerkirchlicher Teilhabe. Insgesamt kämen Menschen mit Migrationsgeschichte in den Kirchengemeinden und besonders

in kirchlichen Gremien kaum vor. Der Ausschuss Schwerpunkte des Zukunftsprozesses soll das Thema »Interkulturalität« als Thema weiterführen. Das Plenum folgte dem Votum und beschloss die Anträge mehrheitlich.

Werben für den Kirchentag 2025

»Die Willkommenskultur in Hannover groß machen«

Vom 30. April bis 4. Mai 2025 kommt der Deutsche Evangelische Kirchentag nach Hannover. Die Generalsekretärin, Dr. Kristin Jahn, sprach in ihrer Bibelarbeit über das Motto »mutig-stark-beherzt«, abgeleitet vom Brief Paulus an die Korinther (1. Kor, 16,13). »Zuhören heißt nicht zustimmen, aber es ist der Anfang eines Gesprächs«, sagte sie mit Blick auf unterschiedliche politische Positionen. Wichtig sei es, Menschen anderer Meinung nicht auszugrenzen und »offen zu bleiben, auch für den ärgsten politischen Gegner.« Die Botschaft des Apostels Paulus könnte aktueller kaum sein. »Sie ruft, bei aller Unterschiedlichkeit, zur Einheit, zur Demut im Umgang mit Macht, zur praktischen Umsetzung des Glaubens, zur Wachsamkeit und Anerkennung der Kirche als Ort der Heilung auf«, so Jahn.

Für vier große Projekte beim Kirchentag zeichnet das Landeskirchenamt verantwortlich. Andreas Behr, landeskirchlicher Beauftrag-

ter für den Kirchentag 2025, fasst zusammen: Welche Rolle spielt Religion in der Bildung, im Job oder bei demokratischen Diskursen? Das ist eine der Fragen, die auf den Podien im »Zentrum Leben in Vielfalt: Gesellschaft interreligiös, interkulturell, interkonfessionell« diskutiert werden können.

Das »Forum Überlebensfragen junger Menschen« ist als ein Programm von und für Interessierte unter 30 Jahren konzipiert.

Laut wird es rund um den Stand des Michaelisklosters Hildesheim. Das Team von »Vision Kirchenmusik« bespielt den Kirchentag erstmals mit einem durchgehenden Mitsingangebot, 24 Stunden pro Tag. Einen großen Auftrag hat die Projektleitung zum »Abend der Begegnung«. Ausgerichtet von der Region, dem Land Niedersachsen und der Landeskirche Hannovers soll es die Mitfeiernden mit einem bunten Straßenfest einstimmen. »Hilfreich wäre, wenn die Syno-

dalen in ihren Kirchengemeinden für helfende Hände werben und Gastfreundlichkeit signalisieren«, sagte Behr, denn Teilnehmende werden auch in Privatquartieren untergebracht. Noch im Juni werde eine Plattform mit Angeboten und Anfragen online gehen.



LSA: Kirchenleitung muss Vertrauen gewinnen

»Kirche, das sind wir alle, nicht nur die an der Spitze«

»Die Kirchenleitung steht vor einer großen Aufgabe, neues Vertrauen zu gewinnen«, sagte Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen), Vorsitzender des Landessynodalausschusses (LSA), zum Auftakt der Beratungen vor dem Kirchenparlament und ging sogleich auf eine gemeinsame Erklärung kirchenleitender Gremien zu Rücktrittsforderungen gegenüber Landesbischof Ralf Meister ein. »Kirche, das sind wir alle, nicht nur die an der Spitze«, sagte Surborg. »Es ist unser Fehler, dass wir die Unterbesetzung der Fachstelle und ihre Folgen insbesondere in den Jahren bis 2021 nicht früh genug gesehen und entsprechend reagiert haben.« Die Fachstelle, so der Ausschussvorsitzende, leiste »eine exzellente Arbeit, bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit«.

Deshalb gehöre die personelle Aufstockung der Fachstelle zu den zentralen Entscheidungen der Landessynode. Der LSA sprach sich dafür aus, den Stellenanteil der Fachstelle Sexualisierte Gewalt für Prävention, Begleitung und Aufarbeitung deutlich auszubauen und befristete Stellen zu entfristen. Als Kirchenleitung zeige man Verantwortung, der nachgegangen werden müsse, »weil dieses Thema zentral für

die Zukunftsfähigkeit kirchlicher Arbeit ist.«

Jörn Suborg bezeichnete 2024 als schwieriges Jahr für die Kirche und bezog dabei auch die steigenden Austrittszahlen und die schwindenden finanziellen und personellen Ressourcen mit ein.

»Es mag sein, dass man in der Nachbetrachtung das Jahr 2024 als das Jahr sehen wird, in dem sich der entscheidende Übergang von der Rolle der Kirchen als selbstverständliche Organisation und als starker Akteur im Sozialraum hin zu etwas entwickelt, was wir jetzt noch nicht kennen, was wir jetzt noch nicht fassen können.«

Die Bilanz der Landeskirche wies Ende 2022 als zweites Haushaltsjahr in Folge einen negativen Ergebnisvortrag in Höhe von 266 Millionen Euro aus - mit weitreichenden Folgen auch für die Mitarbeitenden der Landeskirche. »Die Zeit der selbstverständlichen landeskirchlichen Gegenfinanzierung von Tarifsteigerungen kommt an ihr Ende«, so Surborg. Es sei auch richtig gewesen, den »Verwaltungsprozess 2030« anzuhalten, um so den neuen Präsidenten des Landeskirchenamtes



einzubinden und zudem einzelne Bestandteile kritisch zu hinterfragen.

Weiteres Thema in seiner Rede war die Schaffung einer Pastorinnen- oder Pastorenstelle der Landeskirche für das Haus der Religionen in Hannover. »Eine solche Stelle zu schaffen, halte ich für gut, denn damit stellt sich das Haus der Religionen nach außen gut dar«, lobte Dr. Katrin Köhler (Sprengel Hildesheim-Göttingen). Alternativ sei die vakante Stelle eventuell auch für Diakoninnen, Diakone oder Religionspädagoginnen und -pädagogen geeignet. »Bisher finanziert der Stadtkirchenverband Hannover die volle Stelle eines Diakons«, bemerkte Hannovers Superintendent Rainer Müller-Brandes zum Abschluss der Aussprache.

Telefonseelsorge bekommt bessere Ausstattung

»Es ist beeindruckend, was von den Ehrenamtlichen und auch ökumenisch in der Telefonseelsorge geleistet wird«, betonte Dr. Martin Krarup (Sprengel Stade), Vorsitzender des Ausschusses für Theologie und Kirche. Aktenstück Nr. 107 zeigt auf, wie die Einrichtungen der Telefonseelsorge im Bereich der hannoverschen Landeskirche personell und finanziell ausreichend ausgestattet werden können.

»Rund 450 Ehrenamtliche haben im vergangenen Jahr an sechs Stellen um die 42.000 Gespräche und rund 4.500 Chats geführt«, erläuterte Dr. Krarup.

Die weltpolitischen Krisen und die Pandemie hätten dazu beigetragen, dass die Angebote der Telefonseelsorge vielfach in Anspruch genommen würden und die öffentliche Wertschätzung gestiegen sei. Viele Ehrenamtliche

ließen sich für den Dienst in der Telefonseelsorge neu ausbilden. Dieses Angebot treffe aber auf eine große Nachfrage, die durch die bestehenden Stellen nur teilweise abgedeckt werden könne. So sollen künftig alle Stellen der Telefonseelsorge mit zwei Leitungsstellen ausgestattet werden, 0,75-Stellen für die Leitung und 0,5-Stellen für die stellvertretende Leitung. Dem Antrag folgte das Plenum einstimmig.

Zukunftsprozess arbeitet in neuer Form



»Unsere Aufgabe ist nicht, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, sondern zunächst die Strukturen dafür zu schaffen«, erklärte Steffen Creydt (Sprengel Hildesheim-Göttingen) und stellte mit dem Aktenstück Nr. 104 den Bericht dreier Ausschüsse vor.

In diesen Ausschüssen (Grundsätze, Schwerpunkte und Strategische Finanzplanung) geschieht die Neuausrichtung des landeskirchlichen Zukunftsprozesses. Die Ausschüsse hatten nach der letzten Synodentagung im November vergangenen Jahres ihre Arbeit aufgenommen. Die Gestalt der hannoverschen

Landeskirche werde sich deutlich verändern, prophezeite Creydt. Im Ausschuss zur Finanzplanung sei unter anderem über eine Weiterentwicklung der öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse beraten worden. Ihr Beamtenrecht könne die hannoversche Landeskirche nicht vollkommen frei gestalten, sondern müsse auf eine Vielzahl von Rahmenbedingungen und Akteure wie die EKD oder das Land Niedersachsen Rücksicht nehmen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Schwerpunkte, Dr. Harm Cordes, berichtete über die vier Themenfelder, die sich herauskristallisiert

hätten: 1. »Seele stärken«, dazu zählen beispielsweise Gottesdienst, Seelsorge und Segenshandlungen, 2. Kitas, Jugend und Familie, 3. Kirche im Sozialraum und 4. Klimaschutz und Gebäudemanagement. »Alle Projekte sind unter www.zukunftsprozess.de abgebildet«, sagte Dr. Cordes.

In der Aussprache kritisierte Dr. Bettina Siegmund (Sprengel Ostfriesland-Ems), dass die Themen Klimaschutz und Gebäudemanagement immer in einem Atemzug genannt würden. »Es ist auf eine Trennschärfe zu achten, da es sich um zwei Arbeitsbereiche handelt.«

Entwicklungshilfe ausbauen

Brot für die Welt befinde sich in einem grundlegenden Transformationsprozess, so Dr. Jörg Zimmermann (Sprengel Lüneburg), Vorsitzender des Ausschusses für Mission und Ökumene. Der Mitgliederschwund in den Landeskirchen und das sinkende Spendenaufkommen seien kritische Themen für die Zukunft. »Die entwicklungspolitische Arbeit gerät in Deutschland bei enger werdenden Spielräumen im Bundeshaushalt zunehmend unter Druck,« erklärte

Zimmermann. Gleichzeitig sei die Arbeit von Brot für die Welt angesichts globaler Krisen gefragter denn je. Die Zuwendungen seien sowohl durch geringere Kirchensteuern und dramatische Einbrüche bei Kollekten und Spenden während der Pandemie gesunken.

Umso wichtiger sei es, die geleistete Arbeit wieder mehr ins Bewusstsein der Menschen zu rücken. »Es geht darum, die entwicklungspolitische Arbeit gemein-

sam voranzubringen«, erklärte er. Künftig solle die inhaltliche Arbeit für Brot für die Welt in Kirchenkreisen und -gemeinden stärker vorangebracht werden. Derzeit gebe es in gerade einmal fünf Kirchenkreisen Projektpartnerschaften.

Uta Nadira Giesel (Sprengel Hildesheim-Göttingen) regte an, das Thema stärker in die Kinder- und Jugendarbeit in den Gemeinden einzubinden. Online stünden gute Materialien bereit.

Social-Media-Projekt wird um zwei Jahre verlängert

Digitale Kanäle erreichen viele Menschen

»Kirche muss sich in sozialen Medien präsentieren. Und auch wenn unser Projekt noch im Laborstadium ist, entwickelt es sich dynamisch,« sagte Dr. Martin Krarup (Sprengel Stade), Vorsitzender des Ausschusses für Theologie und Kirche, in seinem Zwischenbericht vor der Landessynode. Das Projekt »Förderung und Begleitung von Social-Media-Angeboten in der hannoverschen Landeskirche« war vor anderthalb Jahren gestartet und wird vom Ausschuss für Theologie und Kirche sowie dem Öffentlichkeitsausschuss in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Medienarbeit (EMA) und dem Landeskirchenamt begleitet.

Um allen beteiligten Akteuren Planungssicherheit geben zu können und rechtzeitig ein wichtiges Signal für die bevorstehenden Haushaltsberatungen zu setzen, legte Dr. Krarup dem Plenum mit dem Aktenstück Nr. 48 B einen Antrag auf Fortführung der Projektarbeit vor. Dem stimmten die Synodalen mit großer Mehrheit zu.

»Die mit Stellenanteilen beteiligten Pfarrpersonen und geistlichen Personen in sozialer und karitativer Arbeit setzen als »Sinnfluencerinnen und Sinnfluencer« unterschiedliche

Akzente und erreichen in den sozialen Medien auch Menschen aus dem nicht-kirchlichen Umfeld«, sagte Dr. Krarup.

Es sei deutlich geworden, dass in allen Kanälen mit den jeweils unterschiedlichen Ausprägungen die Kernaufgaben von Verkündigungsberufen vorkommen und es großen Bedarf im digitalen Raum nach solchen Angeboten gibt. Ausgehend von den Berichten der teilnehmenden Influencerinnen und Influencer sei festzuhalten, dass ein Bedarf an spirituellen Angeboten in den Social-Media-Kanälen existiert und diejenigen online eine Gemeinschaft bilden, die an anderer Stelle keinen Platz in den analogen Formaten und Angeboten der evangelischen Kirche für sich finden. Die Motivation, diesen Menschen eine Anlaufstelle und einen Ort für ihren Glauben zu bieten, haben alle Influencer*innen der Landeskirche gemeinsam.

Sie haben im Netz bereits eine große Community aufgebaut: Rund 63.000 Followerinnen und Follower haben die Kanäle auf Instagram abonniert, 31.000 folgen dem YouTube-Kanal »Anders Amen« und 5.000 Nutzende schauen regelmäßig in deren TikTok-Account. Die Reichweite geht

allerdings weit darüber hinaus: Rund 220.000 Menschen erreichen durchschnittlich die Inhalte der Projektteilnehmenden via Instagram, 300.000 auf YouTube kommen kumuliert hinzu.

Die Ausschüsse plädierten daher für die beantragte Verlängerung des Projektes. Bei der finanziellen Ausstattung regten die Verantwortlichen eine moderate Anpassung an. Um die Agierenden in den Bereichen Theologie und Social-Media begleiten zu können, was aber wie bisher durch die EMA oder das Landeskirchenamt nicht mehr zu leisten sei, solle ein 0,5-Stellenanteil eingerichtet werden, so Dr. Krarup. Die zusätzlichen Kosten für das gesamte Projekt beliefen sich auf rund 50.000 Euro.

Franziska Baden (Sprengel Lüneburg) begrüßte den Antrag. »Wir leben in einer Informationsgesellschaft, da muss Kirche auch drin vorkommen«, so die Pastorin.

Darüber hinaus lerne man auf Social-Media täglich Neues, denn das System funktioniere nicht nach den Regeln der Influencerinnen und Influencer. »Grund genug, das Projekt weiterzuführen«, so Baden.



Personalveränderungen in Gremien und Ausschüssen

Während der X. Tagung der 26. Landessynode haben Ergänzungswahlen in Ausschüsse der Landessynode und Gremien der Landeskirche stattgefunden.

Mit dem Aktenstück Nr. 8 P sind mehrheitlich Martin Sundermann (Ausschuss für Kirchenmusik und Kultur), Wencke Breyer (Mission und Ökumene), Friedrike Einschenk (Theologie und Kirche und Bildungsausschuss) sowie Daniel Aldag in den Planungsausschuss gewählt worden. Der Sitz im Jugendausschuss sowie ein Sitz im Bildungsausschuss sind vakant.

Die Wahlen in die Gremien der Landeskirche sind ebenfalls mehrheitlich erfolgt.

Marie Kleinhans nimmt an der Advocacy-Konsultation zum Thema »Schutz von Kinderrechten« des Ev.-luth. Missionswerkes in Niedersachsen (ELM) teil, hier ist noch ein Sitz vakant. In die Arbeitsgruppe des Landeskirchenamtes zur Überarbeitung der Handreichungen für die Kasualien

Taufe, Trauung und Bestattung wurde Birgit Spörl gewählt. Dr. Karin Köhler wirkt künftig im Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen mit. In den Bewilligungsausschuss für das Förderprogramm »Vielfältige Formen von Jugendarbeit stärken – personelle Unterstützung auf Kirchenkreisebene« ist Ann-Marie Reimann eingetreten. Als Mitglied der »Gruppe Offene Kirche« (GOK) ist Oliver Bischoff am Runden Tisch »Prävention, Intervention und Hilfen bei sexualisierter Gewalt« für die ausgeschiedene Dr. Thela Wernstedt nachgerückt. Dr. Martin Krarup engagiert sich künftig im Gremium für das Programm »In Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft. Zusammen gegen Antisemitismus.«

Auch im Landessynodalausschuss gibt es personelle Veränderungen. Cordula Schmid-Waßmuth folgt der ausgeschiedenen Christa Olearius. Schmid-Waßmuths Stellvertreterinnenposten übernimmt



Anna Kempe. Das hat die Landessynode mit der Abstimmung über Aktenstück Nr. 8 Q mehrheitlich beschlossen. Ebenso wie Aktenstück Nr. 8 R zu den Nachwahlen in den Personalausschuss. Der ausgeschiedenen Dr. Thela Wernstedt (GOK) folgt Ruben Grüssing (GOK). Dessen bisherigen Stellvertreterposten übernimmt Christine Rinne.

Kirchenmusik weiterdenken



Der Ausschuss für Kirchenmusik und Kultur ist fest davon überzeugt, dass eine Kirche der Zukunft die Kirchenmusik in Haupt-, Neben- und Ehrenamt als solides Fundament braucht. Die Kirche sei im Wandel, die Kirchenmusik ebenfalls.

Den Zwischenbericht des Ausschusses für Kirchenmusik und Kultur »Kirchenmusik weiterdenken« brachten die beiden Ausschussmitglieder Dr. Karin Köhler (Sprengel Hildesheim-Göttingen) und Stephan Preuß (Sprengel Osnabrück) für den Ausschussvorsitzenden Jan Meyer (Sprengel Hannover) ein.

Im vergangenen Jahr fanden erstmals zwei Denklabore Kirchenmusik statt, an denen Ehrenamtliche und Hauptamtliche aus der Praxis und aus den Leitungsebenen teilgenommen haben. Auch wurden erstmals Organistinnen und Organisten, Bands, Chöre und Posaunenchoräle in der Landeskirche befragt und Daten erhoben, um eine kirchenmusikalische Landkarte zu erstellen.

In einem Kirchenmusik-Entwicklungsplan soll es sowohl um eine Bestandsaufnahme zur Kirchenmusik in der Landeskirche gehen als auch um einen Plan, wie die Kirchenmusik für die Zukunft strategisch gut aufgestellt und zukunftsweisend ausgerichtet ist. Innerhalb der Landeskirche gilt dieser Plan als sogenanntes Fokusprojekt.

»Kirchenmusik kann viel mehr als bloßes Spielen und Singen sein. Kirchenmusik ist ein Gemeinschaftserlebnis, verbindet Jung und Alt und unterschiedliche Milieus, macht die Grenze zwischen Kirche und Welt durchlässig, generiert und bindet Engagement und bringt Glaube zum Singen und Klingen - lebenslang«, sagte Dr. Köhler.

Kirchenpost mit Segenswünschen

90 Prozent der Jugendlichen bewerten die Kontaktaufnahme als gut

»Mit durchschnittlich nur 10 bis 20 Prozent der Kirchenmitglieder hat die Kirche regelmäßigen Kontakt. Der Rest fragt sich: Was habe ich von der Mitgliedschaft? – und tritt früher oder später aus«, erläuterte Nina Hollung (Sprengel Lüneburg), die mit Cordula Schmid-Waßmuth (Sprengel Hannover) und Dr. Johannes Nikodemus Keymling (Sprengel Hannover) die Ergebnisse des Pilotprojektes »Kirchenpost« vorstellte. Dabei verfüge die Kirche über ausreichend Datenmaterial, um eine systematische Ansprache und Folgekommunikation aufzubauen. »Wir wissen, welches Mitglied wie alt ist, wann es Geburtstag hat, wann es getauft wurde. Wir wissen um Jubiläumstage von Konfirmation, Taufen oder Hochzeiten – dies sind nur Beispiele«, führte Hollung aus.

Zielgruppe in der Pilotphase ab 2023 waren zunächst Menschen im



Konfirmationsalter. Sie bekamen eine individualisierte Postkarte zum Geburtstag, verbunden mit einem kleinen Geschenk und einer Kontaktmöglichkeit vor Ort. Im Ergebnis gaben 90 Prozent der Jugendlichen an, dass sie diese Art Kontakt gut finden und würden sich mindestens zweimal jährlich digitale oder analoge Post von der Kirche wünschen. Ihr Interesse gelte neben persönlichen Grüßen vor allem Angeboten in den Ferien und in der Advents- und Weihnachtszeit.

Das spiegelte sich in den Ergebnissen der real versendeten Kirchenpost wider. Sie verzeichnete eine Antwort-Quote (Response) von 12 Prozent. Zum Vergleich: Das bisher erfolgreichste Kirchenpost-Mailing der Ev.-luth. Kirche in Bayern erzielte eine Response-Quote von neun Prozent. Ein ähnlich positives Bild ergab die Response zu einem digitalen Kirchenpost-Newsletter, dessen Öffnungsrate mit 62 Prozent weit über dem Durchschnitt von knapp 25 Prozent lag.

Herausfordernd blieben personelle und finanzielle Ressourcen bei Landeskirche und Kirchenkreisen, erläuterte Nina Hollung. »Eine Unter-

stützung und Betreuung im Layout und im Versand wäre wünschenswert.« Cordula Schmid-Waßmuth appellierte, die Mitgliederkommunikation zum Schwerpunktthema im Zukunftsprozess zu machen.

In der Aussprache bestätigte Birgit Spörl (Sprengel Stade) die Notwendigkeit der direkten Ansprache. »Gleichzeitig müssen die Kosten und zeitlichen Ressourcen beziffert werden.« Roger Cericus (Sprengel Hannover) begrüßte das Projekt, dessen finanziellen Aufwand der Direktor der Evangelischen Medienarbeit, Joachim Lau, mit Kosten von jährlich rund 3,5 Millionen Euro in den nächsten zwei Jahren bezifferte. Er geht davon aus, dass sich nach einer Einführungsphase Mitglieder für eine digitale Zusendung entscheiden und dadurch die Kosten sinken.

»Durch die Mitgliederverluste läuft ein Minus von 9 Millionen Euro jährlich auf, dem man durch Investitionen in Mitgliederbindung begegnen kann«, so Cericus. Der Antrag, das Projekt weiter zu verfolgen, sowie über die Kosten und benötigten Stellenumfänge zu berichten, wurde mehrheitlich angenommen.

Zeitplan für Klimaschutzkonzepte bleibt bestehen

Nach kontroverser Debatte wird eine Gesetzesänderung abgelehnt

Die Landessynode hat beschlossen, den Zeitplan zur Erstellung von Klimaschutzkonzepten in den Kirchenkreisen beizubehalten. Ein Antrag auf Verlängerung der Frist um ein Jahr bis Ende 2025 wurde nach kontroverser Debatte abgelehnt.

Dr. Bettina Siegmund (Sprengel Ostfriesland-Ems) verdeutlichte als Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses die Bedeutung der Konzepte. Dass jeder Kirchenkreis bis Ende 2024 ein Klima-

schutzkonzept haben muss, war ein zentraler Aspekt des Klimaschutzgesetzes, das während der letzten Landessynoden-Tagung im November 2023 beschlossen worden war. Eine Friständerung nur ein halbes Jahr nach diesem Beschluss stelle die Glaubwürdigkeit der Landessynode in Frage. Probleme bei der Erstellung der Konzepte seien ernst zu nehmen und Strukturen zur Verankerung von Klimaschutzmaßnahmen aufzubauen, »das Wort ‚Maßnahmen‘ meint dabei aber nicht nur

konkrete Handlungen, wie etwa den Einbau einer neuen Heizungsanlage, sondern auch schon alle Vorbereitungen und Planungen davor.« Sie erinnerte an die Beratungs-Kapazitäten im Haus kirchlicher Dienste, bei allen Fragen zu unterstützen: »Ob per Telefon, Zoom oder vor Ort – nutzen Sie die unkomplizierten Angebote.«

Andere Mitglieder der Landessynode hatten für mehr Zeit geworben, um zu gut durchdachten Konzepten zu kommen.

Hohe Qualität kirchlicher Kitas halten

»Kitas sind Schätze, ein Ort frühkindlicher Bildung und kein Betreuungsort«, leitete Oberlandeskirchenrat Hans-Joachim Lenke seinen Bericht (Aktenstück Nr. 74 A) über die Zukunftsfähigkeit evangelischer Kindertagesstätten ein. Er betonte, dass die aktuellen Anforderungen für Kitas eine große Herausforderung darstellten. Zugleich böten sie eine große Chance für Begegnungen, insbesondere mit jungen Familien.

Die Kommunen stünden unter enormem Druck. So fehlten in Niedersachsen 41.000 Betreuungsplätze, die Leitungen seien mit Konfliktgesprächen und der Aufrechterhaltung des Betriebs stark beansprucht. »Ein Fachkräftemangel birgt das Risiko, dass Kinder nicht so gefördert werden, wie es nötig ist«, räumte Lenke ein. Zudem würden Kita-Mitarbeitende oftmals Angebote zur Entlastung weniger wahrnehmen, um Kolleginnen und Kollegen durch



Abwesenheit nicht zusätzlich zu belasten: »Ein Teufelskreis, der uns Sorge bereitet.«, erklärte Lenke.

Ein Problem bereite auch die Zahl der Ausbildungsabbrüche. Zudem habe das Landeskirchenamt einen Vorschlag zur Anpassung der Zwei-Drittel-Regelung des Finanzausgleichsgesetzes zu Kindertagesstätten-Pauschalen gemacht. Die Regelung besagt, dass mindestens

zwei Drittel der Pauschalen unmittelbar für die Kita-Arbeit verwendet werden sollen. Der neue Vorschlag erlaube auf Antrag Abweichungen, jedoch nicht weniger als 50 Prozent, um die finanzielle Flexibilität und das evangelische Profil der Kitas zu stärken.

Der Bericht wurde zur weiteren Beratung in den Diakonieausschuss überwiesen.

Christlicher Religionsunterricht könnte 2025 starten



Der gemeinsam verantwortete christliche Religionsunterricht soll in Niedersachsen zum Schuljahr 2025 starten. Er soll die Fächer Evangelische und Katholische Religion ersetzen. Darüber hat Oberlandeskirchenrätin Dr. Kerstin Gäfgen-Track die Mitglieder der Landessynode in Loccum informiert: »Es gibt nur einen gemeinsamen Weg.« Seit fünf Jahren wird bereits an der Umsetzung gear-

beitet, auch mit Wohlwollen des niedersächsischen Kultusministeriums. Ziel sei ein Unterricht, bei dem das Gemeinsame überwiege und der doch auch die Unterschiede der Konfessionen klar benenne. »Das geht nur mit einem Ansatz, der sich auf die Schülerinnen und Schüler zentriert, wenn sie das Gefühl haben, dass das Thema auch sie angeht.« Im Zentrum des christlichen Religionsunterrichts stehe

dabei »die heilsame Bedeutung des Evangeliums und nicht, ob er evangelisch oder katholisch ist.«

Derzeit würden zwei Lehrpläne entwickelt – zum einen für die Klassen 1 bis 4, zum anderen für die Klassen 5 bis 10. Auch erste Fortbildungen hätten bereits stattgefunden. Schließlich müssten auch die evangelischen Landeskirchen und die beteiligten Bistümer einen Vertrag miteinander schließen. Dr. Gäfgen-Track befürwortet den Start für die 1. und 2. sowie die 5. und 6. Klassen aller Schulformen. Auch weitere Kirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen (ACKN) sollten künftig eingebunden werden: »Für den christlichen Religionsunterricht wird es einen Beirat geben, in dem auch orthodoxe und evangelische Kirchen vertreten sind. Gespräche dazu haben bereits begonnen.«

Beste Wahlbeteiligung bei Kirchenvorstands-Wahl

Brief- und Onlinewahl wurden sehr gut angenommen

Gute Nachrichten hatten Anna Burmeister, Oberkirchenrätin im Landeskirchenamt, und Joachim Lau als Direktor der Evangelischen Medienarbeit (EMA) zum Thema Kirchenvorstandswahlen zu berichten (Aktenstück Nr. 98). Die Wahlbeteiligung bei der Kirchenvorstandswahl im März 2024 stieg um zehn Prozentpunkte auf 25,37 Prozent. »Wir haben uns entgegen des Trends gesteigert, denn nachdem die Kirche kurz vor dem Versand der Wahlunterlagen im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt in der Öffentlichkeit gestanden hatte, ist mit diesem guten Ergebnis nicht zu rechnen gewesen«, erklärte Burmeister.

Jeder vierte Wahlberechtigte der Landeskirche hat seine Stimme abgegeben. »Bei fast zwei Millionen Wahlberechtigten waren das immerhin fast 500.000 Menschen.« Im Vergleich: 2018 waren es 353.000 Stimmen bei noch 2,3 Millionen Wahlberechtigten.

»Die erfreuliche Steigerung ist

maßgeblich auf die Briefwahl zurückzuführen«, erklärte Anna Burmeister. Fast 65 Prozent der Wählerschaft haben dieses Wahlverfahren genutzt. Einen Antrag mussten die Wählenden der 1.308 Wahlbezirke dafür nicht stellen: Mit der Post hatten sie alle Wahlunterlagen direkt nach Hause bekommen, das Porto hatte die Landeskirche übernommen.

Die Onlinewahl wurde ebenfalls gut angenommen. »Dieses wichtige Verfahren wurde zum ersten Mal und von allen Altersgruppen erfolgreich genutzt«, sagte Burmeister. Knapp 30 Prozent entschieden sich für diesen Weg. Für die Urnenwahl kamen etwa fünf Prozent der Wählerschaft ins Wahllokal.

Das durchschnittliche Alter der Kandidaten und Kandidatinnen lag bei 53 Jahren. Insgesamt 24,52 Prozent und damit 1.817 Kandidierende haben sich für eine vorerst dreijährige Amtszeit entschieden. Sie entscheiden dann, ob sie wei-

tere drei Jahre im Vorstand bleiben möchten. 75,48 Prozent und damit 5.594 Frauen und Männer kandidierten für sechs Jahre.

»Die erfolgreichen Kirchenvorstandswahlen 2024 zeigen, wie gelungene Mitgliederkommunikation aussieht, denn die hat an dieser Stelle bei uns massenweise stattgefunden«, resümierte EMA-Direktor Joachim Lau.

3,8 Millionen Euro hat das Wahlverfahren gekostet und blieb mit 400.000 Euro weniger als angesetzt innerhalb der Kalkulation. Die KV-Wahl in 2018 hatte eine Million Euro gekostet.

Ralph Scheferling (Sprengel Hannover) lobte den deutlichen Fortschritt, gab aber zu bedenken, dass die Zahlen auch zeigten, dass anderthalb Millionen Mitglieder nicht gewählt hätten. Großes Lob bekamen die Organisatoren von Ute Szameitat (Sprengel Lüneburg): »Die Online-Wahl funktionierte grandios.«

Plakette für Einsatz gegen Antisemitismus

Die besondere Verbindung zwischen Menschen christlichen und jüdischen Glaubens hat die evangelische Landeskirche bereits in ihrer Verfassung verankert. Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 hätten sich die Fronten jedoch verschärft, erklärte Dr. Martin Krarup (Sprengel Stade), Vorsitzender des Ausschusses für Theologie und Kirche, vor dem Plenum und betonte in Aktenstück Nr. 108, die Solidarität der Kirche mit der jüdischen Gemeinschaft nun einmal mehr sichtbar machen zu wollen: Kirchengemeinden sollen für ihren Einsatz gegen Antisemitismus mit einer Plakette ausgezeichnet werden.

Das 2023 vorgestellte Projekt »In Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft. Zusammen gegen

Antisemitismus« geht auf eine Anregung von Landesbischof Ralf Meister zurück. Er hatte vorgeschlagen, analog zum Gütesiegel »Zusammen gegen Antisemitismus«, das Schulen verliehen wird, auch Kirchengemeinden auszuzeichnen, die sich gegen Intoleranz engagieren.

Die Mehrheit der Landessynoden-Mitglieder befürwortete die Anregung. Auch Johannes Klapper (Sprengel Lüneburg): »Das Programm ist toll, aber ich habe die Befürchtung, dass die Idee mit den Plaketten nur von wenigen Gemeinden umgesetzt wird«. Wencke Breyer (Sprengel Hannover) setzte dagegen, nichts sei wichtiger, als ein sichtbares Zeichen zu geben. Zu signalisieren: »Wir stehen an eurer Seite.«

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der 26. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers von der landeskirchlichen Pressestelle, Rote Reihe 6, 30169 Hannover

Redaktion: Christine Warnecke & Tanja Niestroj
Layout: Maike Niebergall
Erstellt mit layout-e
Fotos: Jens Schulze
Druck: QUBUS media, Hannover
Gedruckt auf 100% Umweltschutzpapier

